

Keine externe Untersuchung für IT-Projekte

Kantonsrat: Das behandelte der Kantonsrat am dritten Sessionstag

Die Regierung muss digitale Grossprojekte nicht extern untersuchen lassen. Ausserdem will der Kanton Luzern den Umweltschutz einschränken, um die erneuerbaren Energien schneller ausbauen zu können.

Aus dem Kantonsrat wurden Forderungen laut, das Scheitern von Educase und auch Schwierigkeiten bei anderen IT-Projekten extern untersuchen zu lassen. Der Kanton hatte im Februar die Einführung der Verwaltungssoftware für die Gemeindeschulen wegen eines ungenügenden Projekterfolgs abgebrochen. Über 60 der 80 Gemeinden hatten bereits mit Educase gearbeitet.

Der Regierungsrat lehnte aber eine externe Untersuchung, wie sie Anja Meier (SP) in ihrem Postulat forderte, ab. Und der Rat folgte ihm – mit 69 zu 27 Stimmen.

Der Regierungsrat zeigte sich in den Antworten auf mehrere Vorstösse lediglich bereit, einen internen Rechenschafts-

bericht zu mehreren IT-Projekten, bei denen es Probleme gab, zu erstellen.

Gefordert wurde der Rechenschaftsbericht von SVP, Mitte und FDP mit einer gemeinsamen Motion, welche der Kantonsrat mit 98 zu 0 Stimmen schliesslich erheblich erklärte. Die drei bürgerlichen Fraktionen verlangten eine interne Aufarbeitung der vier IT-Projekte Edustar (Verwaltungslösung der kantonalen Schulen), Steuersoftware, Serviceportal von Kanton und Gemeinden sowie Educase. Doch ausgerechnet das Debakel um Educase will die Regierung in ihrem Rechenschaftsbericht nicht aufarbeiten. Sie begründet dies damit, dass bereits die Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK) des Kantonsrats Educase unter die Lupe nehme.

Die Kantonsregierung gibt der kantonalen Informatik in ihren Antworten auf die Vorstösse gute Noten. Es sei zwar nicht alles perfekt und Verbesserungen seien möglich. Die kantonale IT sei eine «stetig lernende Organisation».

«Externe Gesamtschau»

Gewisse Vorkommnisse seien «bedenklich», sagte Postulantin Anja Meier. «Lernen aus der Vergangenheit» sollten gezo-

gen werden. Es gehe ihr um eine «unabhängige, externe Gesamtschau».

Daniel Rüttimann (Mitte, Hochdorf) sagte, wo gearbeitet werde, da passiert auch Fehler. Die Projekte sollten genauer unter die Lupe genommen werden, um die Informatik weiter zu optimieren.

Eine externe Sicht helfe, blinde Flecken zu finden, argumentierte Rahel Estermann (Grüne). Wenn schon ein Rechenschaftsbericht erstellt werde, dann solle auch die Sicht von aussen einfließen. So sei der Wert grösser.

Auch Ursula Berset (GLP, Buchrain) war der Ansicht, dass «missratene IT-Projekte» untersucht werden müssen. Für die Zukunft sei zentral, dass offen und transparent über Probleme gesprochen werde, wenn sie auftauchten statt sie schönzureden. Mehr Transparenz und eine gesunde Fehlerkultur seien notwendig. Eine externe Untersuchung brauche aus Sicht der GLP aber nicht.

Franz Räber (FDP, Emmenbrücke) befürchtete, eine externe Untersuchung würde das Misstrauen gegenüber der Regierung schüren. Regierungsrat Reto Wyss (Mitte) sagte, die Regierung habe versucht, eine objektive Stellungnahme abzugeben. Sie sei für eine Darlegung geräte bereit.

Schub für erneuerbare Energien

Der Rat folgte dem Vorschlag der Regierung mit 96 zu 0 Stimmen, die Motion von Daniel Piazza (Mitte, Malter), welche ein vereinfachtes Bewilligungsverfahren forderte, in ein Postulat umzuwandeln.

Zwar richte der Kanton Förderbeiträge aus, um den Umstieg auf Wärmepumpen zu begünstigen. «Das ist richtig und wichtig, genügt jedoch nicht», schreibt der Motionär. Er will zusätzlich das Bewilligungsverfahren für die Installation von Wärmepumpen vereinfachen. Die Erleichterung der Abläufe soll dem Ersatz

von klimaschädlichen Öl- und Gasheizungen durch klimafreundliche Wärmepumpen zusätzlichen Schub verleihen.

Der Kanton fördere bereits heute den Umstieg auf Wärmepumpen mit dem Förderprogramm Energie, hält die Regierung in ihrer Antwort fest. Um den Umstieg weiter zu erleichtern und damit auch dem Klimaschutz zusätzlichen Schub zu verleihen, sollen in einem nächsten Schritt auch die kantonsinternen Bewilligungsverfahren überprüft und soweit möglich vereinfacht werden.

Ob ein Meldeverfahren analog dem Meldeverfahren für Solaranlagen die richtige Lösung sei, wie in der Motion beantragt, werde noch näher zu prüfen sein, schreibt die Regierung. Insbesondere mit Blick auf die Lärmthematik. In jedem Fall wolle die Regierung eine Verordnungsänderung zur Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens in die Wege leiten, sagte Regierungsrat Fabian Peter (FDP). Eine Gesetzesänderung sei dazu nicht erforderlich, weshalb die Motion als Postulat erheblich erklärt wurde.

Ja zu neuem Klimabeirat

Eine Mehrheit fand auch das Anliegen der Motion von Ruedi Amrein (FDP, Malter), welche die Einsetzung einer Taskforce für die Umsetzung des Berichts zur Klima- und Energiepolitik forderte. Der Rat wandelte die Motion in ein Postulat um und erklärte es mit 73 zu 18 Stimmen erheblich.

Die Regierung war damit einverstanden, als neue Massnahme einen Klimabeirat mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Klimaforschung, den angewandten Wissenschaften, der Wirtschaft und der Politik zu gründen, der den Kanton bei der Umsetzung des Planungsberichts Klima und Energie und der Verfolgung der Klimaziele in den nächsten Jahren beratend begleiten soll.

Ausserdem hat der Kantonsrat...

... ein Postulat von Bernhard Steiner (SVP, Entlebuch) und Mit. über die Chancengleichheit an Volksschulen und Gymnasien / Bildungs- und Kulturdepartement mit 74 zu 21 teilweise erheblich erklärt.

... ein Postulat von Guido Roos (Mitte/Entlebuch) und Mit. über Co-Working-Spaces in den Regionalzentren/Finanzdepartement i. V. mit Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement mit 94 zu 0 Stimmen für erheblich erklärt. [pd]

In diesem Zusammenhang erwähnte die Regierung, dass sie dieses Gremium bewusst als Klimabeirat und nicht als Taskforce bezeichnen wolle. Und zwar als Abgrenzung zu einer als Taskforce bezeichneten Einsatztruppe, die in akuten Krisen kurzfristig tätig wird. Ob dieses Gremium Taskforce oder Beirat heisse, spiele ihm keine Rolle, sagte der Motionär dazu.

Willi Knecht (SVP, Menznau) sagte, eine Taskforce oder ein Beirat sei kein Mehrwert und deshalb unnötig. Auch András Özevgyi (GLP, Luzern) äusserte sich kritisch, der Vorstoss sei mittlerweile überflüssig.

Die Mitte-Fraktion bezeichnete das Anliegen als «angebracht». Unterstützung erhielt es auch von den Grünen und der SP. Die Stimme der Wissenschaft sei unverzichtbar, sagte Sara Muff (SP, Sursee). Ein Beirat sei ein «adäquates Gefäss». Die SP erhoffe sich, dass dadurch der Wissenschaft besonders Rechnung getragen werde.

Gaudenz Zemp (FDP, St. Niklausen) sprach sich für «solche Beiräte» aus. Diese müssten aber eine gewisse Verbindlichkeit schaffen. [sda/EA]



Die IT ist im Kanton Luzern durch das Scheitern der Schulverwaltungssoftware Educase zu einem Politikum geworden. [Symbolbild keystone/sda]

Standesinitiative für Individualbesteuerung

Kantonsrat macht Druck beim Bund

Luzern soll sich mit einer Standesinitiative und mit entsprechenden Stellungnahmen beim Bund für die rasche Einführung der zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung einsetzen. Der Kantonsrat hat am Montag eine SP-Motion und ein GLP-Postulat erheblich erklärt – entgegen dem Willen von Mitte und SVP.

Der Rat unterstützte die Motion von Simone Brunner (SP, Luzern), welche sich in ihrer Motion für eine Standesinitiative in Sachen zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung stark macht, mit 54 zu 47 Stimmen. Das Postulat von Riccarda Schaller (GLP, Malter), welches den Regierungsrat beauftragt, sich beim Bund für das Anliegen einzusetzen, passierte mit 54 zu 46 Stimmen.

Zwar sei das Anliegen im Bundeshaus längst angekommen, schreibt die Regierung in den Antworten zu den Vorstössen. Dennoch unterstütze sie beide – um den bereits aufgebauten politischen Druck zu verstärken.

Der Bundesrat hatte im Herbst 2019 eine Auslegeordnung zur Abschaffung

der «Heiratsstrafe» vorgenommen. Es zeigte sich, dass die Crux in der konkreten Ausgestaltung der Individualbesteuerung liegt. Zudem wurde eine Volksinitiative für die Schaffung der Individualbesteuerung lanciert, auch hatten Kantone bereits Standesinitiativen beschlossen oder eingereicht.

Der Regierungsrat weist darauf hin, dass er sich in der Vergangenheit bereits für eine Individualbesteuerung ausgesprochen habe, ohne sich aber auf ein gewisses Modell festzulegen.

Karrierestopp für Ehefrauen

In der Schweiz werden verheiratete Paare und gleichgeschlechtliche Paare, welche in einer eingetragenen Partnerschaft leben, gemeinsam besteuert. Gehen beide Personen einer Erwerbstätigkeit nach, werden sie wegen der Progression stärker besteuert als Konkubinatpaare mit zwei getrennten Steueranmeldungen.

Dies führt dazu, dass viele Ehefrauen aus steuerlichen Gründen ihre Erwerbsarbeit reduzieren oder auf sie verzichten.

Damit einher gingen Karrierestopp, finanzielle Abhängigkeit und Altersarmut, ist die Motionärin überzeugt. Für beide Vorstösserinnen bringt die Individualbesteuerung Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau im Steuerrecht und das Aufbrechen traditioneller Rollenbilder.

Systemwechsel erwünscht

Ylfele Fanaj (SP, Luzern) sagte, für die SP sei es sehr wichtig, dass Frauen im Erwerbsleben bleiben könnten. Es brauche «endlich» einen Systemwechsel. Und dafür brauche es Bestrebungen auf allen Ebenen.

Dass alle aufgefordert seien, den nötigen Druck zu erhöhen, betonte auch Heidi Scherer (FDP, Meggen). Die Individualbesteuerung sei ein wichtiges Anliegen, das «endlich» Realität werde müsse.

Andreas Bärtschi (FDP, Althofen) sagte, bei der Individualbesteuerung handle es sich um ein langjähriges Anliegen. Auch er vertrat die Meinung, dass mit der Standesinitiative der Druck in Bern erhöht, mehr Steuergerechtigkeit

geschaffen und die Gleichstellung vorangetrieben werden können.

Ablehnung von Mitte und SVP

Der Gleichstellung der Schweiz einen «Push» geben wollte Judith Schmutz (Grüne, Rain) mit der Unterstützung der Vorstösse. Fabrizio Misticoni (Grüne, Sursee) lobte die «fortschrittliche Haltung» der Regierung.

Je einen Ablehnungsantrag stellten Mitte- und SVP-Fraktion. Armin Hartmann (SVP, Schlierbach) sagte, die Heiratsstrafe könne einfacher abgeschafft werden, die Individualbesteuerung sei der falsche Weg. Für Bernadette Rüttimann (Mitte, Lieli) liegt das Problem bei der Heiratsstrafe auf Bundesebene. Die Mitte-Fraktion kritisierte auch den «erheblichen Mehraufwand» bei der Einführung der Individualbesteuerung.

Ja, der Umstellungsprozess dürfe erheblich sein, sagte dazu Heidi Scherer (FDP, Meggen). Aber das sei doch kein Grund, das Problem nicht anzugehen. [sda/EA]

Schnelleres Internet für ländliche Gemeinden

22 Luzerner Gemeinden wollen Glasfasernetz ausbauen

Die ländlichen Gemeinden im Kanton Luzern wollen den Anschluss an die digitale Zukunft nicht verpassen: Unter dem Brand Prioris haben sich 22 Gemeinden aus der Region Luzern West zusammengeschlossen, um den Ausbau von schnellem Internet voranzutreiben.

Während in Städten und Agglomerationsräumen das Aufrüsten für die Zukunft ver-

hältnismässig schnell voranschreite, hätten dezentralere Gegenden, insbesondere ausserhalb der klassischen Bauzonen, das Nachsehen, hiess es am Donnerstag an der Auftaktveranstaltung auf dem Hof Krieshütten oberhalb von Luthern. Dort sprachen Guido Roos, Geschäftsführer Region Luzern West, Alois Huber, Gemeindepräsident Luthern, Franzsepp Erni, Gemeindepräsident Ruswil, und verschiedene Betroffene aus der Bevölkerung, dem Unternehmertum sowie der Landwirtschaft im Rahmen einer Podiumsdiskussion.

Prioris Luzern West hat zum Ziel, eine nachhaltige Lösung der Internetan-schlus-sung für mehrere Generationen sicherzu-

stellen und bestehende Standortnachteile durch Innovation zu überwinden. Es seien nicht einzelne «Exoten», die mit «untragbar langsamen» Internetverbindungen in der Region zu kämpfen hätten, sondern Tausende. Die Gemeinden wollen auch die Abwanderung Jugendlicher und junger Erwachsener eindämmen.

Luthern als Vorreiter

Die Gemeinde Luthern hatte das Problem bereits vor drei Jahren erkannt und angepackt. Heute sei die Hälfte ihres Projekts «GFA (Glasfaser für alle) Luthern» bereits geschafft. Die Gemeinde Luthern und das dortige Projektteam arbeiten von Anfang an eng mit dem Entwicklungsträger Region Luzern West zusammen, der treibenden Kraft hinter Prioris.

Die 22 Gemeinden aus der Region Luzern West gründeten im vergangenen Oktober eine einfache Gesellschaft und machten sich damit auf den Weg zu einer eigenen, unabhängigen Lösung des Internetproblems. Aus dem EA-Gebiet mit



Die Auftaktveranstaltung findet auf dem Hof Krieshütten oberhalb von Luthern statt. [Bild zvg]

dabei sind die Gemeinden Doppleschwand, Entlebuch, Escholzmatt-Marbach, Flühl, Hasle, Romoos, Schüpfheim, Werthenstein und Wolhusen.

Zum heutigen Zeitpunkt befinde sich Prioris noch in der Phase der Evaluation, zahlreiche Details würden derzeit erarbeitet. [EA/sda]